

WP-04 Ein Land der Solidarität

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

Für uns beginnt Solidarität mit der Überzeugung: Niemand wird in NRW allein gelassen, egal ob es um Miete, Gesundheit, Arbeit oder ein selbstbestimmtes Leben mit Behinderung geht. Wir richten unsere Politik danach aus, was Menschen wirklich brauchen, um gleichberechtigt durchs Leben zu kommen: bezahlbares Wohnen, faire Löhne, gute Gesundheitsversorgung und echte Teilhabe.

Wir wissen: Armut entsteht nicht im luftleeren Raum. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheiden mit darüber, welche Chancen Menschen haben und wie gut sie in schwierigen Situationen aufgefangen werden. Deshalb setzen wir dort an, wo Menschen im Alltag Unterstützung am dringendsten brauchen; bei Alleinerziehenden, bei Familien mit wenig Geld, bei Menschen, die wohnungslos sind oder zu werden drohen. Und wir sorgen dafür, dass Hilfe nicht an bürokratischen Zuständigkeiten scheitert, sondern Menschen verlässlich erreicht.

Zu einem solidarischen NRW gehört bezahlbares Wohnen für alle, ob zur Miete oder im Eigentum. Dazu gehören Löhne, von denen man leben kann, und sichere Arbeitsplätze mit fairen Arbeitsbedingungen. Dazu gehört eine wohnortnahe und geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. Und dazu gehört Inklusion, die nicht über Menschen mit Behinderung entscheidet, sondern mit ihnen.

Wir wollen ein Land, in dem Nachbarschaften zusammenhalten, Generationen sich gegenseitig stützen und niemand mit seiner Notlage allein bleibt. Aus dieser Überzeugung heraus machen wir seit fast fünf Jahren Regierungsarbeit: Wir haben die Wohnraumförderung deutlich ausgeweitet, das Tarifentgeltsicherungsgesetz eingeführt und Kinder gezielt vor Armut geschützt. Daran wollen wir anknüpfen in den nächsten 5 Jahren: mit mehr bezahlbaren Wohnungen, einem starken sozialen Netz und verlässlicher Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird. Denn ein solidarisches NRW gibt allen Menschen die Chance, selbstbestimmt und in Sicherheit zu leben.

Wir sichern ein Leben ohne Armut

Armut spürbar reduzieren

Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW ist ein Land, in dem kein Mensch in Armut leben muss. Wir wollen Menschen darin stärken, selbstbestimmt Wege aus der Armut zu finden, und sie dabei verlässlich unterstützen. Armut gemeinsam zu überwinden heißt, an die Fähigkeiten und Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihre Anstrengungen Früchte tragen können. Armut ist dabei meist kein individuelles Versagen, sondern entsteht durch Schicksalsschläge, fehlende Chancen und ungerechte Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen wollen wir gemeinsam mit Wohlfahrtspflege, Kommunen, Gewerkschaften und den Betroffenen selbst verändern.

Wer mit wenig Geld lebt, weiß, wo Sozialpolitik gut wirkt und wo nicht. Trotzdem werden Armutsbetroffene selten gehört. Wir schaffen eine dauerhafte zentrale Struktur für Menschen mit Armutserfahrung und entwickeln landesweite Leitlinien zur Beteiligung Armutsbetroffener in kommunalen Entscheidungsprozessen, die über ihren Alltag vor Ort entscheiden.

40 Über Familienzentren in Kitas und Grundschulen, Frühe Hilfen und Kita-Sozialarbeit wollen
41 wir von Armut betroffene Familien auch dabei niedrigschwellig unterstützen, finanzielle
42 Hilfen zu beantragen. Insbesondere Alleinerziehende, darunter meist Frauen, haben ein
43 größeres Armutsrisiko. Deshalb wollen wir sie besonders unterstützen. Die Fachstelle
44 Alleinerziehende werden wir weiter fördern.

45 Wer in eine finanzielle Notlage gerät, darf nicht allein gelassen werden. Wir stehen für den
46 Zugang zu einer kostenlosen Schuldner- und Verbrauchersolvenzberatung aus einer Hand. Auch
47 Menschen, die noch nicht überschuldet sind, bei denen die Überschuldung aber absehbar ist,
48 sollen beraten werden können. Wir teilen die Zielsetzung des
49 Schuldnerberatungsdienstgesetzes des Bundes, mit dem die Schuldnerberatung für neue
50 Zielgruppen geöffnet wird, und wollen das Angebot entsprechend ausweiten.

51 Armut vor Ort bekämpfen: Sozialplanung und Energiearmut

52 Ob Unterstützung ankommt, entscheidet sich ganz konkret vor Ort. Wer in Armut oder mit
53 Einschränkungen lebt, hat oft nicht die Zeit, das Geld oder die Mobilität für lange Wege zu
54 Beratungsstellen. Deshalb bauen wir die landesweite Unterstützung für eine integrierte
55 kommunale Sozialplanung aus. Sie führt soziale und räumliche Daten zusammen und ermöglicht
56 den Kommunen, zielgenau zu erkennen, wo Familien Unterstützung brauchen, statt wie bisher
57 Fördermittel nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Mit einer neuen Landesstrategie
58 "Energiearmut und Klimaanpassung" legen wir zudem das Programm „NRW bekämpft Energiearmut“
59 neu auf. Wir wollen Nachbarschaften ermuntern, gemeinsame Energieprojekte zur Kostensenkung
60 in ihrem Wohnviertel umzusetzen. Bestehende Energieberatungsangebote richten wir deshalb
61 stärker auf Nachbarschaft und Wohnviertel aus und fördern gezielt Maßnahmen, die
62 einkommensschwache Haushalte vor Hitze und steigenden Energiekosten schützen.

63 Wer beim Öffnen der Stromrechnung zuerst überlegen muss, welche andere Ausgabe dafür warten
64 kann, lebt unter ständigem finanziellem Druck. Damit Beratungs- und Förderangebote für
65 Mietende auch tatsächlich bei Menschen mit niedrigem Einkommen ankommen, schaffen wir
66 niedrigschwellige Energie-Beratungsangebote in der Nachbarschaft. Mit ihnen schaffen wir das
67 Angebot von verlässlicher Begleitung vor Ort, die Einspar- und Fördermöglichkeiten aufzeigt
68 und den Kontakt zu qualifizierten Fachstellen herstellt.

69 Wir wollen, dass Mieter*innen noch mehr von der Energiewende profitieren. Von Landesseite
70 fördern wir sozial ausgerichtete Mieterstromprojekte. Insbesondere wollen wir dabei
71 einkommensschwache Mieter*innen unterstützen, damit günstiger Solarstrom vom eigenen Dach
72 direkt bei den Bewohner*innen ankommt.

73 Kinder und Jugendliche vor Armut schützen

74 Wer als Kind eine Geburtstagsfeier ausschlagen muss, weil das Geld für ein Geschenk
75 fehlt, erlebt früh, was es bedeutet, nicht dazugehören. Armut bedeutet für Kinder und
76 Jugendliche häufig: weniger soziale Teilhabe, schlechtere Bildungschancen und weniger
77 Möglichkeiten, eigene Interessen und Talente zu entfalten. Armut in der Kindheit kann sich
78 dadurch bis ins Erwachsenenleben fortsetzen. Mit einer besseren Ausstattung von Programmen
79 wie "kinderstark - NRW schafft Chancen" wollen wir weiter die strukturellen Folgen von Armut
80 bekämpfen und Jugendhäuser sowie niedrigschwellige Angebote finanziell und personell besser
81 aufstellen. Junge Menschen aus der stationären Jugendhilfe sind bei Erreichen der
82 Volljährigkeit besonders gefährdet. Hier brauchen wir ausreichend ausgestattete, gut
83 begleitete Übergänge in ein selbstständiges Leben und die Möglichkeit, auch nach einem
84 gescheiterten Übergang unkompliziert wieder Jugendhilfe zu erhalten. Wir lassen keinen
85 jungen Menschen allein.

86 Wir machen Wohnungspolitik für alle

87 Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

88 Bezahlbares Wohnen ist zur zentralen sozialen Frage unserer Zeit geworden. Die Miete
89 verschlingt immer größere Teile des Einkommens, bei vielen bleibt am Monatsende kaum noch
90 Geld für Lebensmittel, Bildung und Teilhabe. Das gefährdet den gesellschaftlichen
91 Zusammenhalt. Ein echtes kommunales Vorkaufsrecht zum Verkehrswert gibt Städten und
92 Gemeinden endlich die Möglichkeit, dem Höchstgebot etwas entgegenzusetzen und bezahlbaren
93 Wohnraum zu schaffen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bleiben für
94 uns die zentralen Akteure einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik, denn sie garantieren
95 nicht nur, dass günstiger Wohnraum entsteht, sondern auch, dass er günstig bleibt.

96 Die öffentliche Wohnraumförderung haben wir in den vergangenen Jahren stark erhöht und
97 beispielsweise 2025 rund 2,4 Milliarden Euro Fördervolumen für bezahlbares Wohnen
98 bereitgestellt. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: Mit einer Bezahlbar-Wohnen-Milliarde
99 erhöhen wir die öffentliche Wohnraumförderung um zusätzlich eine Milliarde Euro pro Jahr und
100 schaffen damit mehr bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit niedrigen oder mittleren
101 Einkommen. Wir unterstützen damit insbesondere kommunale Wohnungsbaugesellschaften und
102 Genossenschaften vor Ort. Auch in Städten mit besonders hohen Mieten wollen wir bezahlbare
103 Wohnungen für Menschen schaffen, die die Voraussetzung für eine Sozialwohnung nicht
104 erfüllen, sich gleichzeitig die hohen Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt aber trotzdem kaum
105 leisten können. Wir richten die öffentliche Wohnraumförderung noch stärker auf langfristig
106 orientierte Investitionen aus. Denn öffentliche Förderung soll dauerhaft bezahlbaren
107 Wohnraum schaffen und nicht dazu beitragen, Immobilien kurzfristig aufzuwerten und
108 anschließend gewinnbringend weiterzuverkaufen. Bei der Vergabe der Mittel wollen wir daher,
109 dass diejenigen bevorzugt gefördert werden, die die Immobilien langfristig selbst
110 bewirtschaften. So stärken wir die Investoren, die sich langfristig um die Immobilie kümmern
111 und verhindern, dass öffentliche Fördermittel kurzfristigen spekulativen Geschäftsmodellen
112 zugutekommen.

113 Wir gehen konsequent gegen ausbeuterische Vermietung vor und schaffen mit der
114 Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen zu können.
115 Als letztes Mittel ermöglichen wir die Enteignung besonders problematischer Immobilien.
116 Übernachtungsplattformen wie Airbnb regulieren wir in angespannten Wohnungsmärkten, damit
117 der begrenzte Wohnraum zum dauerhaften Wohnen, statt zur touristischen Vermietung zur
118 Verfügung steht.

119 Wir schützen Mieter*innen zudem wirksamer vor steigenden Mieten, Verdrängung und
120 Preisspekulationen. Wir wollen die Mietpreisbremse auf mehr Städte ausweiten und die
121 Handlungsspielräume für Kappungsgrenzen und Umwandlungsschutz öffnen. So sollen Kommunen
122 dort eingreifen, wo der Markt am angespanntesten ist. Wir gehen mit einer "Miet-Schutz-
123 Offensive", gemeinsam mit den Kommunen, dem Mieterbund und den Verbraucherzentralen
124 konsequent gegen überhöhte Mieten und Abzocke vor. Wir wehren uns, gegen Diskriminierung von
125 Alleinerziehenden, Menschen mit kinderreichen Familien oder Menschen mit
126 Migrationsgeschichte im Mietmarkt.

127 Mieten-Apps, die auf qualifizierten Mietspiegeln basieren, machen Mietpreise transparenter
128 und helfen Mieter*innen, die Höhe ihrer Miete besser einzuordnen. Wir wollen einen digitalen
129 Mieten-Check einrichten, der Mieter*innen die ortsübliche Vergleichsmiete für eine Wohnung
130 anzeigt und Mietwucher transparent macht. So stärken wir Mieter*innen dabei, ihre Rechte zu
131 kennen und wahrzunehmen und schaffen gleichzeitig Klarheit für Vermieter*innen, welche
132 Miethöhe angemessen und rechtlich zulässig ist.

133 Für viele Menschen ist Wohneigentum weit mehr als nur ein Ort zum Wohnen – es steht für
134 Freiheit, Selbstverwirklichung und Sicherheit. Doch inzwischen ist der Traum vom

135 Wohneigentum für weite Teile der Gesellschaft, gerade für junge Menschen, völlig
136 unerreichbar. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir wollen mehr Menschen ermöglichen,
137 sich den Wunsch nach den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Dafür entwickeln wir die
138 Eigentumsförderung des Landes weiter. Wir nehmen insbesondere die finanziellen Hürden beim
139 Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums in den Blick und stärken den Erwerb und die Sanierung
140 bestehender Immobilien.

141 Wir setzen Eigentumsförderung gezielt dort ein, wo sie bezahlbares Wohnen und im ländlichen
142 Raum die Entwicklung der Ortskerne stärkt. So ermöglichen wir Eigentum, beleben bestehende
143 Viertel und Dörfer und verbinden bezahlbares Wohnen mit Klimaschutz und einem sparsamen
144 Umgang mit Fläche.

145 Bezahlbarer Wohnraum muss auch zu unterschiedlichen Lebenssituationen passen. Deshalb
146 brauchen wir mehr kleine Wohnungen für Einpersonenhaushalte ebenso wie ausreichend große,
147 bezahlbare Wohnungen für Familien und mehr barrierefreien und altersgerechten Wohnraum.

148 Wohnungs- und Obdachlosigkeit entschlossen bekämpfen

149 Immer mehr Menschen in NRW sind wohnungs- oder sogar obdachlos. Wir verfolgen weiterhin das
150 gemeinsame Ziel von EU, Bund und Land, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden
151 und wollen alle Hebel auf Landesebene dafür in Gang setzen. Wir sichern das bewährte
152 Housing-First-Konzept flächendeckend und verlängern dafür konsequent Landesinitiativen wie
153 „Endlich ein ZUHAUSE!“.

154 Jede neue Wohnungslosigkeit ist nicht nur eine persönliche Tragödie, sondern auch eine
155 langfristige, kostenintensive Belastung unserer Sozialsysteme. Deshalb sorgen wir für eine
156 frühzeitigere Information der Wohnungsfachstellen bei drohendem Wohnraumverlust.

157 Für wohnungslose junge Menschen und Frauen braucht es den Ausbau gezielter Angebote, die ein
158 sicheres Zuhause als Grundlage schaffen, um wieder Stabilität, Perspektiven und
159 Selbstständigkeit zu gewinnen.

160 Nachbarschaften, die zusammenhalten

161 Ein gutes Zuhause ist mehr als eine Wohnung: Es ist auch die Nachbarschaft, in der man sich
162 kennt, aushilft und zusammen älter wird. Deshalb wollen wir gemeinschaftliche und
163 generationenübergreifende Wohnformen erleichtern. Wir passen das Baurecht besser an ihre
164 Bedürfnisse an und unterstützen Kommunen dabei, geeignete Flächen auch für
165 Mehrgenerationenwohnen, Genossenschaften und andere gemeinschaftliche Wohnprojekte zu
166 nutzen. Gemeinsam mit Genossenschaften und sozialen Trägern wollen wir bestehende Hürden bei
167 Planung und Umsetzung abbauen. So wird Wohnraum effizienter genutzt, sinken die Kosten für
168 die Einzelnen, und es entstehen soziale Netze, die soziale Isolation abbauen und den
169 Zusammenhalt zwischen den Generationen im Alltag stärken.

170 Wir gestalten darüber hinaus eine Quartierspolitik, die gute Nachbarschaft und
171 gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Dazu unterstützen wir Kommunen bei der
172 Entwicklung altersfreundlicher Quartiere. Wohnortnahe Begegnungs- und Beratungsangebote, gut
173 erreichbare Dienstleistungen und die aktive Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung
174 ihres Lebensumfelds ermöglichen es, möglichst lange selbstbestimmt im vertrauten Umfeld zu
175 leben.

176 Wir setzen uns für faire Löhne und gute Arbeit ein

177 Tarifbindung stärken

178 Gute Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen werden am besten von starken Gewerkschaften
179 und Arbeitgeberverbänden verhandelt. Daher unterstützen wir regionale und
180 branchenspezifische Dialoge der beiden Tarifpartner. Klar ist: Wer für das Land NRW Aufträge
181 erfüllt, sollte seine Beschäftigten anständig bezahlen. Mit dem Tarifentgeltsicherungsgesetz
182 haben wir deshalb bei öffentlichen Aufträgen in NRW dafür gesorgt, dass dort künftig
183 Tarifentgelte zum Maßstab werden. Damit stärken wir faire Löhne und schützen tarifgebundene
184 Unternehmen vor einem Wettbewerb, der auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird. Wir
185 wollen hier nicht stehen bleiben und regelmäßig überprüfen, ob das Gesetz wirksam ist.
186 Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung, wie etwa Reinigung und Pförtnerdienste, werden
187 wir nicht weiter outsourcen.

188 Wir fördern den regelmäßigen Austausch zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und
189 Landesregierung und erarbeiten gemeinsam mit ihnen einen landesweiten Aktionsplan zur
190 Stärkung der Tarifbindung. Wir unterstützen Allgemeinverbindlichkeitserklärungen gerade in
191 Branchen mit geringer Tarifbindung und hohem Unterbietungsdruck durch Branchendialoge und
192 eine bessere Datengrundlage, und setzen uns auf Bundesebene für den Abbau rechtlicher
193 Hürden dafür ein. Tarifbindung und Mitbestimmung sollen künftig auch bei
194 Wirtschaftsförderung, Bürgschaften und Transformationsmitteln eine Rolle spielen.

195 Mitbestimmung stärken, prekäre Arbeit zurückdrängen

196 Die Behinderung von Betriebsratsgründungen und Betriebsratsarbeit ist kein Kavaliersdelikt
197 und muss konsequent verfolgt werden. Deshalb bauen wir die Beratung für
198 Betriebsratsgründungen und die Technologieberatungsstelle NRW aus. Besonders in der
199 Paketbranche, bei Lieferdiensten oder in Teilen der Kosmetik- und Beautybranche wollen wir
200 prekäre Beschäftigung zurückdrängen. Missbräuchliche Ketten aus Werkverträgen und
201 Subunternehmen dürfen nicht länger dazu genutzt werden, Verantwortung für faire Löhne,
202 Arbeitszeiten und Arbeitsschutz zu umgehen. Unser Ziel ist reguläre, tarifgebundene
203 Beschäftigung statt undurchsichtiger Ketten.

204 Arbeitsschutz-Mindeststandards müssen für alle, die in NRW arbeiten, gelten, auch für EU-
205 Arbeitnehmer*innen auf den Feldern, in Fleischbetrieben oder in der Logistik. Wir stärken
206 den Arbeitsschutz und unterstützen die Einrichtungen der fairen Mobilität.

207 Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz

208 Arbeitspolitik wollen wir stärker mit psychischer Gesundheit verbinden und psychische
209 Belastungen systematischer in den Arbeitsschutz einbeziehen. Dazu gehören Prävention und
210 Entstigmatisierung sowie eine bessere Beratung für Beschäftigte und Betriebe. Betriebliches
211 Eingliederungsmanagement, Beratungsangebote zu gesunder Arbeit und die Rückkehr nach
212 längeren Erkrankungen sollen verbessert werden, um Beschäftigte bei der Rückkehr an den
213 Arbeitsplatz besser zu begleiten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der
214 Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen unterstützt werden.

215 Wir stärken Gesundheit und Pflege für alle Generationen

216 Gesundheitschancen für alle – gerecht von Anfang an

217 Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und entscheidet über Teilhabe
218 und Chancengerechtigkeit. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Menschen in
219 benachteiligten Lebenslagen erkranken häufiger, leben oft kürzer und haben schlechteren
220 Zugang zu Prävention und Versorgung. Deshalb wollen wir eine barrierefreie,
221 diskriminierungssensible und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichern, bauen Sprachmittlung
222 aus und fördern verständliche Gesundheitsinformationen. Weil Diagnostik und Therapie noch
223 immer zu oft am männlichen „Normkörper“ ausgerichtet sind, bauen wir den Gender Health Gap

224 konsequent ab, fördern Frauengesundheit in Forschung und Versorgung und sichern einen
225 verlässlichen, wohnortnahen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung. Den Zugang zu
226 HIV-Tests sowie zu PrEP und PEP wollen wir spürbar verbessern, unter anderem durch mehr
227 kostenlose Testangebote. Gemeinsam mit den Akteur*innen im Gesundheitswesen stärken wir
228 zudem die Diversitäts- und Antidiskriminierungskompetenz in Aus-, Fort- und Weiterbildung
229 und bauen kultursensible, barrierefreie Versorgungsangebote aus.

230 Rund 86 Prozent der Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt, meist von
231 Angehörigen. Bis 2050 wird laut Modellrechnung des Statistischen Landesamts jede zehnte
232 Person in NRW pflegebedürftig sein. Besonders belastet sind Alleinerziehende mit
233 Pflegeverantwortung, Eltern von Kindern mit Behinderung oder chronischer Erkrankung. Wir
234 wollen ihre Lebensrealität verbessern.

235 Gesund aufwachsen: 1.000 Tage für einen guten Start

236 Den Grundstein für ein gesundes Leben legen wir in den ersten Lebensjahren. Mit einem neuen
237 Projekt „Willkommen NRW-Babys – 1.000 Tage für einen gesunden Start ins Leben“ schaffen wir
238 eine landesweite Präventionskette von der Schwangerschaft bis zum zweiten Geburtstag und
239 beziehen dabei bewährte Programme wie „Elternstart NRW“ ein. Gesundheits-Lots*innen
240 begleiten Familien von Anfang an, vermitteln passgenaue Unterstützung und vernetzen
241 Hebammen, Kinder- und Jugendärzt*innen, Frühe Hilfen und Beratungsstellen. Zugleich stärken
242 wir die Kinder- und Jugendgesundheitsdienste der Gesundheitsämter, bauen Präventions- und
243 Beratungsangebote in Kitas und Schulen aus und nutzen die Ergebnisse der
244 Schuleingangsuntersuchungen gezielt dort, wo Kinder besonders häufig von Armut und
245 gesundheitlichen Belastungen betroffen sind.

246 Sichere Geburtshilfe und Versorgung von Schwangeren und Familien

247 Die Geburtshilfe in NRW steht unter erheblichem Druck. Fast jede zweite Hebamme denkt laut
248 Studien darüber nach, den Beruf zu verlassen. Lange Anfahrtswege, Personalmangel und
249 fehlende Eins-zu-Eins-Betreuung stehen einer sicheren und selbstbestimmten Geburt entgegen.
250 So wird auch Gewalt bei der Geburt begünstigt, deren gesundheitliche Folgen häufig
251 lebenslang bestehen bleiben und gesellschaftlich noch immer tabuisiert werden.

252 Besonders freiberufliche Hebammen werden zusätzlich durch hohe Kosten für die
253 Berufshaftpflicht aus dem Beruf gedrängt. Die Folgen zeigen sich unmittelbar in der
254 Versorgungsrealität: Kreißsaalschließungen gefährden gerade im ländlichen Raum die
255 Versorgungssicherheit von Schwangeren und Familien. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die
256 Erreichbarkeit und Qualität von Geburtsstationen zu sichern und Hebammen-Kreißsäle zu
257 verstetigen. Um Hebammen im Beruf zu halten und neue Hebammen zu gewinnen sind bessere
258 Arbeitsbedingungen, faire Vergütung und verlässliche Strukturen nötig. Die physische und
259 psychische Gesundheit von Gebärenden gehört ins Zentrum einer respektvollen und
260 bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung.

261 Sichere Schwangerschaftsabbrüche und eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung

262 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht und eine zentrale Voraussetzung
263 für gesellschaftliche, berufliche und wirtschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir den
264 Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung in ganz NRW verlässlich sichern.
265 Schwangerschaftsabbrüche müssen wohnortnah, niedrigschwellig und ohne Stigmatisierung Teil
266 der regulären medizinischen Versorgung sein. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob Frauen
267 Zugang zu einer sicheren medizinischen Versorgung erhalten. Deshalb wollen wir bestehende
268 Versorgungslücken schließen und sicherstellen, dass reproduktive Gesundheitsversorgung im
269 Rahmen der Krankenhausplanung flächendeckend berücksichtigt wird. Gleichzeitig setzen wir

270 uns dafür ein, dass Kenntnisse über Schwangerschaftsabbrüche verbindlich in der
271 gynäkologischen Aus- und Weiterbildung verankert werden.

272 Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung endet jedoch nicht bei der reproduktiven
273 Gesundheit. Frauen müssen in allen Bereichen des Gesundheitswesens die Versorgung erhalten,
274 die ihren Bedürfnissen entspricht. Deshalb wollen wir Geschlechterunterschiede in
275 Diagnostik, Behandlung und medizinischer Versorgung stärker berücksichtigen und
276 Benachteiligungen abbauen. Die Angebote für Endometriose-Betroffene wollen wir ausbauen.
277 Auch die Wechseljahre gehören selbstverständlich zu einer geschlechtergerechten
278 Gesundheitsversorgung. Noch immer werden Beschwerden nicht ausreichend erkannt und
279 Betroffene finden nicht überall die Beratung und Behandlung, die sie benötigen. Wir wollen
280 deshalb das Wissen über alle Phasen der Wechseljahre in der medizinischen Versorgung
281 stärken, Fachkräfte besser qualifizieren und den Zugang zu evidenzbasierter Beratung und
282 Behandlung verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Wechseljahre weiter enttabuisieren und
283 auch in der Arbeitswelt stärker ins Bewusstsein rücken. Unser Ziel ist eine
284 Gesundheitsversorgung, die allen Frauen unabhängig von Alter, Herkunft, Behinderung oder
285 Lebensrealität einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung und
286 gesundheitlicher Selbstbestimmung ermöglicht.

287 Psychische Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein

288 Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Grundlage für Lebensqualität, Selbstbestimmung
289 und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb behandeln wir sie als Querschnittsaufgabe und wollen
290 psychischen Belastungen möglichst früh begegnen. Unser Ziel ist es, Prävention,
291 Früherkennung sowie wohnortnahe und niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote
292 auszubauen, damit Menschen frühzeitig die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

293 Dabei müssen Angebote die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen berücksichtigen:
294 Wir wollen mehrsprachige und kultursensible Zugänge stärken, Barrieren für Menschen mit
295 Behinderungen abbauen und inklusive Angebote der psychosozialen und psychotherapeutischen
296 Versorgung sicherstellen. Menschen mit Fluchterfahrung brauchen zudem gezielte und
297 niedrigschwellige Unterstützungsangebote.

298 Kein Kind und kein junger Mensch darf mit seelischen Belastungen allein gelassen werden.
299 Kinder und Jugendliche brauchen frühzeitig und unkompliziert dort Unterstützung, wo sie
300 leben, lernen und ihren Alltag verbringen. Dabei braucht nicht jede psychische Belastung
301 sofort eine umfassende Psychotherapie. Deshalb wollen wir Psychotherapie neu denken,
302 zusätzliche niedrigschwellige Angebote schaffen und die Prävention deutlich stärken.
303 Gleichzeitig fördern wir die interdisziplinäre Zusammenarbeit, damit Psychotherapie,
304 Jugendhilfe und Sozialarbeit enger zusammenarbeiten und Hilfen besser aufeinander abgestimmt
305 werden.

306 Wir fördern niedrigschwellige Beratungsangebote und Peer-Beratung an Schulen, Hochschulen,
307 in der Arbeitswelt, in den Quartieren, der Suchthilfe und bei der Einsamkeitsprävention.
308 Darüber hinaus wollen wir innovative Versorgungs- und Behandlungskonzepte erproben und
309 wissenschaftlich begleiten. So gewinnen wir Erkenntnisse darüber, wie psychotherapeutische
310 und psychosoziale Hilfen künftig schneller, bedarfsgerechter und besser miteinander verzahnt
311 angeboten werden können. Angesichts zunehmender psychischer Belastungen und wachsender
312 Einsamkeit unter jungen Menschen prüfen wir zudem die Einrichtung niedrigschwelliger
313 psychotherapeutischer und psychosozialer Ambulanzen.

314 Einsamkeit kann gesellschaftliche Teilhabe erschweren und den Zusammenhalt schwächen.
315 Deshalb wollen wir Orte schaffen, an denen Menschen einander begegnen, Gemeinschaft erleben
316 und Unterstützung finden können. In unseren Städten und Gemeinden sollen offene

317 Begegnungsangebote für alle Generationen entstehen. Besonders wichtig ist uns, Kinder und
318 Jugendliche frühzeitig vor sozialer Isolation zu schützen und ihnen Räume für Austausch,
319 Zugehörigkeit und gemeinsames Erleben zu eröffnen.

320 Kinder- und Jugendmedizin neu denken und besser aufstellen

321 Kinder und Jugendliche werden im Gesundheitssystem seit Jahren systematisch benachteiligt,
322 obwohl Investitionen in ihre Gesundheit auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Wir wollen
323 Gesundheitsfachpersonen stärker im Lebensumfeld von Kindern verankern, die Zusammenarbeit
324 des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit Kitas und Schulen ausbauen, die Kinderkrankenpflege
325 durch gezielte Ausbildungsförderung unterstützen und über telemedizinische Vorschaltangebote
326 die Fehlinanspruchnahme von Notfallstrukturen reduzieren. Auch Prävention beginnt früh: Wir
327 bauen Information, Wissensvermittlung und Beratungsangebote für Jugendliche zu sexuell
328 übertragbaren Krankheiten und Drogen konsequent aus. Denn wer Risiken kennt, Warnsignale
329 früh erkennt und weiß, wo es vertrauliche Unterstützung gibt, kann selbstbestimmter und
330 verantwortungsvoller mit der eigenen Gesundheit umgehen. Prävention soll deshalb
331 niedrigschwellig, altersgerecht und nah an der Lebenswelt junger Menschen stattfinden.

332 Sucht- und Drogenpolitik ohne Kriminalisierung

333 Drogen wie Fentanyl, Crack und andere Substanzen zerstören Leben. Ein Ausstieg funktioniert
334 aber nur, wenn die betroffenen Menschen diesen auch wollen. Eine moderne Sucht- und
335 Drogenpolitik setzt deshalb so weit wie möglich auf Selbstbestimmung, klärt über Risiken auf
336 und hilft suchtkranken Menschen dabei, Schäden durch riskanten Konsum zu verringern. Bei
337 dieser Arbeit unterstützen wir die Kommunen und ihre bestehenden Angebote, um Menschen mit
338 ihrem Konsumdruck nicht in lebensbedrohliche Lagen zu bringen. Die zielgruppenspezifischen
339 Hilfsangebote und Beratungsstrukturen bauen wir aus. Damit wollen wir der Ausbreitung neuer
340 Substanzen, wie Fentanyl und Crack, und damit einhergehenden Herausforderungen begegnen.

341 Wir setzen uns dafür ein, dass es in NRW Modellkommunen nach dem Züricher Modell geben wird.
342 Prävention, Therapie, Schadensminderung und konsequentes Vorgehen gegen den illegalen
343 Drogenhandel müssen zusammengedacht werden. Menschen mit Suchterkrankungen brauchen Hilfe
344 statt Ausgrenzung, zugleich wollen wir offene Drogenszenen verhindern und den öffentlichen
345 Raum schützen.

346 Glücksspiel kann süchtig machen und Existenzen zerstören. Indem wir Zahlungsströme und den
347 Zugang zu illegalen Online-Angeboten unterbinden, bekämpfen wir wirksam illegales
348 Glücksspiel im analogen wie im digitalen Raum. Bei der Regulierung des legalen Marktes
349 setzen wir auf Spieler*innen- und Jugendschutz, mit einem Verbot für Glücksspielwerbung,
350 Glücksspiel-Streams und Glücksspielmechanismen in Videospielen. Gezielte Werbung bei
351 Risikogruppen unterbinden wir wirksam.

352 Auch neuere Erscheinungsformen der Sucht, wie zum Beispiel Online- und Gaming-Sucht, von
353 denen besonders jüngere Menschen betroffen sind, sind besorgniserregend. Jugend-, Suchthilfe
354 und das Gesundheitssystem müssen dafür zielgruppengerecht zusammenarbeiten und Betroffene
355 wie Angehörige einbeziehen; Therapieübergänge wollen wir spürbar verbessern. Rechtlichen
356 Entwicklungen im Gaming-Sektor begegnen wir bei Bedarf mit gezielten Aufklärungskampagnen.

357 Die richtige Versorgung am richtigen Ort

358 Mit der Krankenhausplanung haben wir die Versorgung in NRW grundlegend neu aufgestellt.
359 Diesen Weg gehen wir weiter: Eine verlässliche Grund- und Notfallversorgung muss für die
360 Menschen wohnortnah erreichbar bleiben, während spezialisierte Leistungen dort gebündelt
361 werden, wo die notwendige Erfahrung, Qualität und Ausstattung vorhanden sind. Dabei richten
362 wir die Krankenhausplanung am tatsächlichen regionalen Versorgungsbedarf aus und entwickeln

363 die Standorte gemeinsam mit der ambulanten Versorgung weiter. Wir investieren weiter in die
364 Modernisierung unserer Krankenhäuser und sorgen dafür, dass sie ihren Versorgungsauftrag
365 auch angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels zuverlässig erfüllen
366 können. Dabei denken wir ambulante Versorgung, Rettungsdienst und Krankenhäuser stärker
367 zusammen und sorgen für verlässliche Übergänge zwischen Prävention, Behandlung und
368 Nachsorge.

369 Wer im Notfall den Notruf wählt, muss sich darauf verlassen können, dass schnell die
370 richtige Hilfe kommt. Dafür entwickeln wir das Rettungsgesetz weiter, erarbeiten mit den
371 Kommunen eine landesweit einheitliche Rettungsdienstbedarfsplanung einschließlich der
372 Luftrettung und setzen uns beim Bund dafür ein, dass alle Leistungen des Rettungsdienstes
373 als Gesundheitsleistungen über die Krankenkassen abgerechnet werden können, damit Menschen,
374 wo fachlich vertretbar, vor Ort versorgt werden und ein Krankenhausaufenthalt vermieden
375 werden kann.

376 Ein gutes Gesundheitssystem orientiert sich an den Menschen, nicht an Zuständigkeiten.
377 Deshalb soll jede*r Bürger*in eine Hausarztpraxis oder ein Primärversorgungszentrum haben,
378 das die gesundheitliche Begleitung über alle Lebensphasen übernimmt. Wir fördern
379 multiprofessionelle Primärversorgungszentren, in denen Ärzt*innen, Pflegefachpersonen,
380 Community Health Nurses, Therapeut*innen, Hebammen und Apotheker*innen Hand in Hand
381 arbeiten. Wir bauen Telemedizin und regionale Gesundheitsnetzwerke aus und stärken
382 Gesundheitsregionen, die Kommunen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst, Krankenhäuser und
383 niedergelassene Gesundheitsberufe besser vernetzen. So vermeiden wir unnötige
384 Krankenhausaufenthalte und sorgen dafür, dass Menschen schneller die passende Behandlung
385 erhalten.

386 Pflege stärken, Leiharbeit fair regulieren

387 Nur 30 Prozent der Pflegekräfte können sich vorstellen, ihren Beruf bis zur Rente auszuüben.
388 Obwohl das Tarifniveau in der Pflege in NRW bundesweit am höchsten ist, bleiben die
389 Lohnunterschiede zwischen Menschen in Leiharbeit und direkt Angestellten hoch. Wir fordern,
390 den Korridor für übertarifliche Bezahlung in der Refinanzierung auf 15 Prozent zu erhöhen
391 und Nacht- und Wochenendzuschläge steuer- und abgabenfrei zu stellen. Die Vorteile von
392 Leiharbeit – wie ein flexiblerer und selbstbestimmterer Arbeitseinsatz – können auch im
393 Regelsystem erreicht werden. Gleichzeitig wollen wir den Bedarf an Leiharbeit durch
394 Pflegepools, eine verbindliche und quartiersorientierte Pflegebedarfsplanung sowie mehr
395 ambulante und wohnortnahe Pflegeangebote reduzieren. Wo Leiharbeit dennoch notwendig ist, um
396 kurzfristige Personalengpässe aufzufangen, wollen wir sie zum Beispiel durch ein Verbot
397 aggressiver Abwerbekampagnen, Zertifizierungspflichten und einrichtungsbezogene Obergrenzen
398 stärker regulieren.

399 Gesund älter werden – selbstbestimmt bis ins hohe Alter

400 Gute Gesundheits- und Pflegepolitik beginnt lange vor dem Beginn von Pflegebedürftigkeit.
401 Wir investieren in kommunale Präventionsangebote, Bewegungsförderung und Sturzprävention
402 sowie die Vernetzung von Reha-Angeboten mit der gesundheitlichen und pflegerischen
403 Versorgung. Wir fördern altersgerechte Quartiere mit kurzen Wegen, barrierefreien Angeboten
404 und Begegnungsorten, stärken Wohnberatung und diversitätssensible Pflege und bauen
405 demenzfreundliche Kommunen sowie regionale Demenznetzwerke aus. Wir denken Bewegung und
406 Gesundheitsförderung bei der Stadt- und Quartiersentwicklung mit und schaffen insbesondere
407 für ältere Menschen mehr niedrigschwellige Bewegungs- und Trainingsmöglichkeiten im
408 öffentlichen Raum. Nachbarschaftstreffs und Mehrgenerationenorte wirken zugleich der
409 Einsamkeit entgegen, die als ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko gilt.

410 Digitalisierung und Innovation im Gesundheitswesen

411 Digitalisierung, Forschung und neue Technologien eröffnen enorme Chancen, wenn sie den
412 Menschen dienen. Wir unterstützen Krankenhäuser, Gesundheitsämter und weitere
413 landesgeförderte Einrichtungen dabei, interoperable, barrierefreie und datenschutzkonforme
414 digitale Verfahren einzuführen, fördern digitale Modellprojekte und telemedizinische
415 Netzwerke und setzen uns auf Bundesebene für eine nutzerfreundliche elektronische
416 Patientenakte ein. Wir wollen NRW zum Vorreiter für einen verantwortungsvollen Einsatz
417 Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen machen und dafür eine KI-Strategie entwickeln,
418 die Forschung, Versorgung und Gesundheitswirtschaft zusammenbringt und den konkreten Nutzen
419 für Patient*innen und Beschäftigte in den Mittelpunkt stellt. Künstliche Intelligenz kann
420 Diagnostik, Therapie und Forschung unterstützen, ersetzt aber nicht die Verantwortung
421 medizinischer Fachkräfte. Ihr Einsatz muss transparent, nachvollziehbar und
422 diskriminierungsfrei bleiben. Wir fördern die Zusammenarbeit von Hochschulen,
423 Krankenhäusern, Gesundheitswirtschaft und Start-ups, damit Innovationen schneller in die
424 Versorgung gelangen.

425 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

426 Wir unterstützen Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen, den Rettungsdienst und den
427 Öffentlichen Gesundheitsdienst dabei, sich mit Hitzeschutzkonzepten, Hitzewarnketten,
428 klimaresilienten Gebäuden und Notfallplänen besser auf die Folgen des Klimawandels
429 vorzubereiten. Green Hospitals sollen zu einem festen Bestandteil der Krankenhausentwicklung
430 in NRW werden. Dazu gehören insbesondere wirksame Kühl- und Hitzeschutzmaßnahmen für
431 Patient*innen und Beschäftigte, Klimaanlage, energieeffiziente Gebäude, Photovoltaikanlagen
432 auf geeigneten Dachflächen, Batteriespeicher, nachhaltige Beschaffung und
433 ressourcenschonende Prozesse. Von der Bundesregierung fordern wir, endlich für mehr
434 Hitzeschutz und die notwendigen Voraussetzungen für Klimaanlage in Gesundheits- und
435 Pflegeeinrichtungen zu sorgen. So investieren wir in den Klimaschutz, senken langfristig
436 Betriebskosten und sorgen dafür, dass Krankenhäuser auch bei Hitzewellen und anderen Krisen
437 leistungsfähig bleiben.

438 Gleichzeitig bauen wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter aus und verbessern Krisen-
439 und Notfallpläne, damit unser Gesundheitswesen auch in künftigen Pandemien und anderen
440 Krisen handlungsfähig bleibt.

441 Wir bauen Inklusion und Teilhabe aus

442 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, sowie
443 Neurodivergente selbstbestimmt und selbstverständlich mitten in unserer Gesellschaft leben
444 können. Dass sie lernen und arbeiten können, wo andere es auch tun, dass sie verstanden
445 werden und dazugehören – und dass sie selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben
446 gestalten. Das ist für uns Inklusion. Daher setzen wir uns entschlossen für die Umsetzung
447 der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW ein. Dabei gilt für uns der Grundsatz „Nichts über
448 uns ohne uns“: Wer über die Belange von Menschen mit Behinderungen entscheidet, muss sie von
449 Anfang an einbeziehen, statt nur über sie zu sprechen.

450 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die im Bundesrat eingebrachte Initiative zur
451 finanziellen Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Eingliederungshilfe endlich
452 umgesetzt wird und fordern eine Dynamisierung dieser Entlastung, damit Länder und Kommunen
453 bei den steigenden Kosten nicht allein gelassen werden. Die Transparenz über Leistungs-,
454 Kosten- und Organisationsstrukturen der Eingliederungshilfe verbessern wir weiter.

455 Wir wollen das Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose gerechter machen und die
456 Leistungen konsequenter an den tatsächlichen Mehrbedarfen ausrichten. Zugleich wollen wir

457 die Rechte auf barrierefreie Kommunikation und Information stärken. Denn wer Informationen
458 nicht verstehen oder erreichen kann, wird von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

459 Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist sozial gerecht und angesichts des Fachkräftemangels
460 wirtschaftlich klug. Arbeit bedeutet aber noch mehr: Sie schafft Selbstständigkeit und
461 Anerkennung. Diese Erfahrung muss allen Menschen offenstehen. Dafür spielen Werkstätten für
462 Menschen mit Behinderungen eine wichtige Rolle. So wird durch den „NRW-Weg“ in NRW als
463 einzigem Bundesland Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen und sehr hohen
464 Assistenzbedarfen als Werkstattbeschäftigte eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht.

465 Der aktuelle Teilhabebericht zeigt positive Entwicklungen, aber auch, dass der Übergang aus
466 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
467 ausbaufähig ist. Wir bauen Inklusionsbetriebe aus, verbessern Übergänge in reguläre
468 Beschäftigung und fordern von der Bundesregierung, den Prozess zur fairen Entlohnung von
469 Werkstattbeschäftigten zügig und verlässlich finanziert fortzusetzen.

470 Inklusionspolitik muss sich an konkreten Fortschritten messen lassen. Auch das Land selbst
471 muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Das neu eingeführte Fünf-Prozent-Ziel bei
472 Neueinstellungen von schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten Menschen in der
473 Landesverwaltung wollen wir weiter verfolgen und dafür Hürden in Bewerbungsverfahren abbauen
474 sowie die Landesverwaltung stärker als inklusiver Arbeitgeber sichtbar machen.